

6. Ho Chi Minh

Primärtexte

Ho Chi Minh, 1960–1962: Selected Works, 4 Bde., Hanoi 1960, 1961, 1962; *ders.*, 1968 a: Revolution und nationaler Befreiungskampf. Reden und Schriften 1920–1968, hrsg. und eingeleitet von Bernard Fall, München; *ders.*, 1968 b: Gegen die amerikanische Aggression. Reden, Aufsätze, Interviews, München; *Vo Nguyen Giap*, 1968: Volkskrieg, Volksarmee, München.

Sekundärliteratur

Chesneaux, Jean, 1968: Vietnam. Geschichte und Ideologie des Widerstands, Frankfurt/M.; *Khac Huyen*, N., 1971: Vision Accomplished? The Enigma of Ho Chi Minh, New York-London; *Lacouture*, Jean, 1968: Ho Tsch Minh, Frankfurt/M.; *Schack*, Herbert, 1971: Volksbefreiung. Sozialrevolutionäre Ideologien der Gegenwart, Frankfurt/M.; *Tibi*, Bassam, 1970: Aspekte der vietnamesischen Emanzipationsbewegung, in: Neue Politische Literatur, Bd. 15, S. 396–402; *ders.*, 1979: Kapitel »Revolutionäre Gewalt, Gewaltlosigkeit und Dekolonisation«, in: *ders.*, Internationale Politik und Entwicklungsländer-Forschung, Frankfurt/M.

7. Che Guevara

Primärtexte

Castro, Fidel/ *Guevara*, Ernesto Che/ *Debray*, Régis, 1968: Materialien zur Revolution, Darmstadt; *Debray*, Régis, 1967: Revolution in der Revolution, München (Orig. Paris 1967); *ders.*, 1985: Les Empires contre L'Europe, Paris; *Feltrinelli*, G. (Hrsg.), 1968: Lateinamerika. Ein zweites Vietnam?, Reinbek/Hamburg (mit Texten von Guevara, Castro und Debray u. a.); *Guevara*, Ernesto Che, 1966: Partisanenkrieg – eine Methode. Mensch und Sozialismus auf Kuba. Zwei Studien, Köln-München; *ders.*, 1968: Guerilla – Theorie und Methode: Sämtliche Schriften zur Guerillamethode, Berlin; *ders.*, 1968 a: Bolivianisches Tagebuch, München; *tricontinental 1967–1970*. Eine Auswahl, hrsg. von K. D. Wolff, Darmstadt 1970.

Sekundärliteratur

Fabian, Horst, 1981: Der kubanische Entwicklungsweg, Opladen; *Fetscher*, Iring, 1977: Terrorismus und Reaktion, Köln-Frankfurt/M.; *Hahlweg*, Werner, 1968: Guerilla. Krieg ohne Fronten, Stuttgart; *ders.*, 1977: Moderner Guerilla-Krieg und Terrorismus, in: Manfred Funke (Hrsg.), Terrorismus. Untersuchungen zur Strategie und Struktur revolutionärer Gewaltpolitik, Bonn, S. 118–139; *Lowy*, Michael, 1973: The Marxism of Che Guevara, New York-London; *Münkler*, Herfried, 1980: Guerillakrieg und Terrorismus, in: Neue Politische Literatur, Heft 3, S. 299–326; *Schack*, Herbert, 1971: Volksbefreiung. Sozialrevolutionäre Ideologien der Gegenwart, Frankfurt/M.; *Senghaas*, Dieter (Hrsg.), 1978: Imperialismus und strukturelle Gewalt, Frankfurt/M.; *Sweezy*, Paul/ *Huberman*, Leo, 1961: Cuba. Anatomy of a Revolution, New York; *dies.*, 1971: Sozialismus in Kuba, Frankfurt/M.; *Tibi*, Bassam, 1983: Der Nord-Süd-Konflikt, in: W. Mickel (Hrsg.): Handlexikon der Politikwissenschaft, München, S. 313–318.

KAPITEL IX

Sunismus und Maoismus

VON HERMANN HALBEISEN

1. Auswirkungen der Öffnung Chinas

Der Zusammenbruch der traditionellen Ordnung

Die Niederlage des chinesischen Kaiserreiches im Opiumkrieg (1842) stand am Beginn eines Zeitraumes, in dem sich unter dem Druck äußerer Mächte und innerer sozio-ökonomischer Spannungen die traditionelle Ordnung Chinas aufzulösen begann. Die heftigen Auseinandersetzungen um eine neue politische und gesellschaftliche Ordnung fanden erst mit der Gründung der Volksrepublik China (VRCh) im Jahre 1949 einen Abschluß. In einer Reihe »Ungleicher Verträge« wurde China gezwungen, sein Reichsgebiet für wirtschaftliche und kulturelle Unternehmungen der Weltmarktmächte zu öffnen und Einschränkungen seiner Souveränität hinzunehmen. Versuche der chinesischen Regierung, der westlichen Herausforderung durch Reformen des eigenen Herrschaftsapparates zu begegnen, waren nur begrenzte Zeit erfolgreich. In der Folge verlorener militärischer Konflikte mit europäischen Staaten sah sich China gezwungen, seine Suzeränität über eine Reihe von Staaten an der Peripherie des Reiches aufzugeben und im Reichsinneren den Anspruch einzelner Länder auf besondere Einflußgebiete zu akzeptieren. Die Schwäche der Dynastie war Ende des 19. Jahrhunderts so groß, daß Pläne für eine Aufteilung nicht am Widerstand Chinas, sondern lediglich an der Uneinigkeit der ausländischen Mächte scheiterten.

Im Reiche selbst erhoben sich weiträumige Aufstandsbewegungen, die über Jahrzehnte andauerten und zahlreiche Provinzen erfaßten. Die Zentralregierung verfügte nicht über ausreichende Machtmittel zu ihrer Niederwerfung. Ein Prozeß der Regionalisierung setzte ein, der die Regionen auf Kosten der Zentrale stärkte und schließlich, unter der Republik, zu einer Aufteilung des Landes in Herrschaftsgebiete einzelner Militärmachthaber führte, die nur noch formal der Nationalregierung unterstanden.

Das wachsende Unvermögen der herrschenden Dynastie, der ausländischen Bedrohung zu begegnen, stärkte Forderungen nach einer Änderung der Herrschaftsordnung. Überlegungen, China nach dem Vorbild des erfolgreichen Japan in eine konstitutionelle Monarchie zu verwandeln, fanden angesichts des inhaltenden Widerstandes der Manchu-Dynastie weniger Unterstützung als die weitaus radikaleren Vorstellungen revolutionärer Vereinigungen, die auf die Errichtung einer chinesischen Republik hinarbeiteten. Die im Jahre 1912 gegründete Republik vermochte die in sie gesetzte Hoffnung, China den Weg zu einer geachteten Stellung unter den Nationen der Welt zu öffnen, nicht zu erfül-

len. Keine der zahlreichen Regierungen konnte ihre Autorität über das gesamte Staatsgebiet ausdehnen, bewaffnete innenpolitische Auseinandersetzungen nahmen einen beträchtlichen Teil der Ressourcen in Anspruch und boten ausländischen Staaten weiterhin die Chance, ihre eigenen Interessen im Lande zu verfolgen. Auch die von der ›Nationalen Volkspartei‹ (*Kuo-min-tang/KMT*) seit 1927 gebildete Nationalregierung war nicht in der Lage, ihre Politik wenigstens in einem Kerngebiet durchzusetzen, und sah sich mit dem Beginn der dreißiger Jahre einem sich verschärfenden innenpolitischen Konflikt mit der ›Kommunistischen Partei‹ (*Kung-ch'an-tang/KCT*) und den Auswirkungen der japanischen Intervention in China konfrontiert, die sich 1937 zu einem die städtische Basis des Regimes zerstörenden Krieg ausweitete. Erst mit dem Sieg der KCT in dem 1945 wiederaufgeflamnten Bürgerkrieg und der Gründung der VRCh fanden die Auseinandersetzungen um die politische Ordnung Chinas ein Ende.

Die Öffnung Chinas beeinflusste auch die sozialen Verhältnisse im Lande. Die ohnehin prekäre wirtschaftliche Lage der Bauernschaft, rund 80 Prozent der Bevölkerung, verschlechterte sich weiterhin. Das Vordringen ausländischer Industrieprodukte beraubte ländliche Berufe ihrer wirtschaftlichen Basis. Eine zunehmende Kommerzialisierung der Landwirtschaft führte zu einer Abhängigkeit von Marktkräften, deren Funktionsweise den Bauern unverständlich blieb. Unter der Republik, als große Teile des Landes unter der Gewalt von Militärmachthabern standen, erreichte die finanzielle Ausbeutung der Bauern einen Höhepunkt. Die wirtschaftlichen Initiativen, mit denen die chinesische Regierung der westlichen Herausforderung zu begegnen suchte, begünstigten die Entstehung neuer Schichten. Bourgeoisie und Arbeiterschaft machten sich von der Jahrhundertwende an als Träger eines modernen Nationalismus in der chinesischen Politik bemerkbar. Die Bourgeoisie, deren wirtschaftliche Entwicklungsmöglichkeiten durch geringe staatliche Unterstützung wie durch starke ausländische Konkurrenz beschränkt wurden, besaß ein ausgeprägtes Interesse an einer starken Regierung und der Zurückdrängung des ausländischen Einflusses in China. Die Arbeiterschaft stellte prozentual nur einen geringen Anteil an der Gesamtbevölkerung Chinas dar, vermochte jedoch durch ihre Konzentration auf wenige Gebiete entlang der Küste und im modernen Bereich der chinesischen Wirtschaft einen beträchtlichen Einfluß auszuüben. Sie gewann in den zwanziger Jahren an Bedeutung, nachdem sie zuvor eher eine unterstützende Rolle bei den politischen Aktionen anderer Schichten gespielt hatte.

Die Demonstration westlicher Überlegenheit und die Forderung, China solle sich als eine Nation unter anderen begreifen und sich den für den Umgang von Nationen miteinander gültigen Regeln unterwerfen, trafen nicht allein das Selbstverständnis der chinesischen Monarchie, dem zufolge der Kaiser der einzige wahre Repräsentant kosmischer Ordnung war; sie bedrohten ebenso den sie legitimierenden konfuzianischen Ordnungsentwurf und, da sie den universalistischen Geltungsanspruch der chinesischen Kultur in Frage stellten, die Identität der chinesischen Bildungselite. Diese versuchte zunächst, einzelne Techniken des Westens zu übernehmen, ohne die grundsätzliche Überlegenheit des konfuzianischen Ordnungsentwurfes in Frage zu stellen. Nach weiteren Rückschlägen unternahm Chang Chih-tung den Versuch, westliches Wissen mit traditionellen chinesischen Ordnungsvorstellungen zu integrieren, und prägte die Formel

›Westliches Wissen für die Praxis, chinesisches Wissen als Grundlage‹ (*hsi-hsueh wei yung, chung-hsueh wei ti*). Doch auch dieser Plan, auf dem Boden der Tradition ein modernes China zu errichten, erwies sich in der Konfrontation mit den westlichen Staaten als unzureichend.

Das Eindringen westlicher politischer Ideen

Um die Jahrhundertwende hatte der ausländische Einfluß auf China derart zugenommen, daß eine Aufteilung des Landes unter die imperialistischen Staaten nicht mehr ausgeschlossen zu sein schien. Angesichts dieser Bedrohung von Chinas Fortbestand begannen jüngere Intellektuelle dem Überleben Chinas Vorrang vor jenem der traditionellen Kultur einzuräumen. Unter dem Einfluß sozialdarwinistischen Gedankengutes sahen sie ihre Heimat in einen Überlebenskampf verwickelt, den nur eine starke Nation bestehen konnte. Nach westlichem Vorbild sollte der Nationalismus Quell der Stärke und des Fortschrittes sein. Dieses neue Selbstverständnis von China als *Nation* ließ jedoch die Frage unbeantwortet, welche politische Ordnung erstrebenswert, dem Entwicklungsstand des Landes angemessen sei und die besten Chancen für eine erfolgreiche Selbstbehauptung bieten werde. Eine Beteiligung des Volkes an der Regierung wurde allgemein als eine der Ursachen für die Stärke des Westens angesehen und deshalb auch für China als erstrebenswert betrachtet. In der Beurteilung der Reformfähigkeit der Dynastie und der politischen Fähigkeiten des Volkes bestanden jedoch tiefgreifende Meinungsverschiedenheiten. Große Teile der im Lande ansässigen Eliten befürworteten eine konstitutionelle Monarchie mit einer dem Parlament verantwortlichen Regierung; unter den Auslandschinesen und den im Ausland Studierenden hingegen gewannen die Anhänger einer revolutionären Lösung, die die Errichtung einer Republik anstrebte, starken Zulauf. Ebenso gegensätzlich waren die Ansichten über die künftige Gesellschaftsordnung Chinas. Auf dem Weg über japanische Übersetzungen, später auch durch Auslandsstudenten, gelangten moderne westliche Gesellschaftstheorien nach China. Ohne explizite Kriterien für die Beurteilung der Theorien, ließen sich die Intellektuellen von der Hoffnung leiten, Chinas Anschluß an die moderne Welt lasse sich durch die Übernahme der neuesten Theorie beschleunigen. Aktualität genöß Vorrang vor Tiefgründigkeit. Dem neuen China sollten jedoch die Irrwege der westlichen Entwicklung, besonders der Kapitalismus mit seinen sozialen Auswüchsen, erspart bleiben. Theorien, die eine gerechte Sozialordnung ohne gravierende Ungleichheiten oder Klassengegensätze entwarfen, fanden deshalb ihren Weg in die Publikationen der gegensätzlichsten politischen Gruppierungen.

Der Anarchismus als radikalste Form gesellschaftlicher Neuordnung fand unter namhaften Intellektuellen großen Anklang und vermochte zeitweilig den Marxismus zu verdrängen. Anarchistische Gruppen in Paris und Tokio hofften auf eine neue, von Technik und Wissenschaft geprägte Welt, sie differierten jedoch in den Wegen, auf denen sie dieses Ziel zu erreichen suchten. Während die Pariser Gruppe auf einen langsamen, durch Erziehung induzierten Wandel setzte, orientierte sich die japanische Gruppe stärker an terroristischen Verfahren. Nach der Revolution von 1911 auch in China selbst aktiv, verlor der Anarchis-

mus durch seine organisatorischen Mängel bald an Einfluß, seine Anhänger schlossen sich der KMT, aber auch der KCT an.

Selbst gemäßigte politische Gruppierungen verbreiteten in ihren Publikationen sozialistisches Gedankengut. Die *Zeitschrift des neuen Volkes* (*Hsin-min ts'ung-pao*), die Liang Ch'i-ch'ao, der Advokat einer konstitutionellen Monarchie, herausgab, diskutierte als erste Karl Marx. Ihrer reformerischen Linie gemäß überwogen jedoch sozialreformerische Positionen, da China, angesichts seines niedrigen Entwicklungsniveaus, keine Voraussetzungen für den Erfolg eines revolutionären Sozialismus bot. Die revolutionären Nationalisten um Sun Yat-sen erörterten intensiv verschiedene Spielarten des Sozialismus. Ihre Zeitschrift *Volkszeitung* (*Min-pao*) wurde zu einem wichtigen Medium der Verbreitung sozialistischen Gedankengutes. Mit ihm setzte sich eine Reihe wichtiger Mitarbeiter Suns auseinander, u. a. Hu Han-min und Chu Chih-hsin. Chu, der erste Übersetzer des Kommunistischen Manifestes ins Chinesische, war überzeugt, daß auch in einem rückständigen China der Sozialismus eine praktikable Doktrin sei, und sah in ihm eine wichtige Kraft in Chinas Kampf gegen den Imperialismus, da er den nationalen Geist förderte, ohne nationalen Konflikten Vorschub zu leisten.

Die Lehren von Marx waren so durch die unterschiedlichsten Quellen in China bekannt geworden, allerdings nur in Ausschnitten, die nicht durch bewußte Auswahl, sondern vom Zufall der Übersetzung bestimmt wurden. Trotz einer relativ frühen Bekanntheit war ihre Wirkung in China zunächst begrenzt. Ihr historischer Determinismus, der kaum Raum für spontane Aktionen ließ, und die Betonung der Rolle des Proletariates schienen keine Lösung für Chinas aktuelle Probleme zu bieten. Erst nach der Oktoberrevolution und in der Form des Marxismus-Leninismus gewannen sie erneut Anhänger in China. Aber auch in der von Lenin modifizierten Form schien der Marxismus chinesischen Intellektuellen nur bedingt auf die chinesischen Verhältnisse anwendbar zu sein. Schon vor Mao forderte Li Ta-chao eine Revision des Marxismus-Leninismus, um ihn den Bedingungen in China anzupassen. Er wandte sich gegen den ihm weiterhin innewohnenden Determinismus und betonte die Rolle des Kampfes und Voluntarismus für den Erfolg der Revolution. In China bot sich jedoch zunächst keine Möglichkeit für eine eigenständige Entwicklung des Marxismus. Seit der Gründung der KCT dominierten die Delegierten der Komintern ihre theoretischen Debatten und unterbanden Abweichungen von der in Moskau festgelegten Linie. Statt einer Orientierung an den chinesischen Bedingungen spiegelte die Ideologie der KCT die Linienkämpfe der Moskauer Kominternzentrale wider. Der Attraktivität des Marxismus tat das jedoch keinen Abbruch, seit Mitte der zwanziger Jahre genoß er unter den Intellektuellen hohes Ansehen, und sein wissenschaftlicher Charakter wurde nicht angezweifelt.

Das neue Interesse am Marxismus entfaltete sich in einem Klima wachsenden Nationalismus. Die Ergebnisse der Versailler Friedenskonferenz, die China entgegen aller Erwartung nicht die Souveränität über das deutsche Pachtgebiet in Shantung zurückgegeben hatte, lösten vehemente Proteste aus und politisierten Bourgeoisie und Intelligenz. Die »4.-Mai-Bewegung«, der Beginn des politischen Nationalismus in China, verband eine auf den endgültigen Bruch mit der konfuzianischen Tradition gerichtete intellektuelle Erneuerung mit politischen De-

monstrationen und Boykottbewegungen. Die Oktoberrevolution bewies, daß auch in rückständigen Ländern eine soziale Revolution durchführbar war, Lenins Imperialismustheorie bot eine plausible Erklärung für die mißliche Lage Chinas.

Im Zuge der kulturellen Erneuerung wurde jedoch nicht allein der Marxismus in China diskutiert; zahllose Zeitschriften bemühten sich um die Darstellung und Einschätzung der aktuellen politischen Doktrinen. Bestimmenden Einfluß auf die chinesische Politik vermochten lediglich der Sunismus und, seit den dreißiger Jahren, der von Mao Tse-tung sinisierte Marxismus-Leninismus auszuüben.

Sun Yat-sen und Mao Tse-tung wuchsen noch im traditionellen China auf, ihre prägenden Erfahrungen waren jedoch recht unterschiedlich. Sun erhielt seine Erziehung, abgesehen von einem kurzen Besuch der heimatlichen Dorfschule, in Hawaii und an Fachschulen in China unter ausländischer Leitung. Durch zahlreiche Reisen verfügte er über genaue Kenntnisse der politischen und sozialen Verhältnisse in den westlichen Industriestaaten. Maos Bildungsgang war stärker chinesisch geprägt. Einer traditionellen Bildung folgte der Besuch sich an modernem Wissen orientierenden Schulen und einer Lehrerakademie. Ohne Fremdsprachenkenntnisse erwarb er sein Wissen über die westliche Welt und ihre politischen Doktrinen aus Übersetzungen. Sun wie Mao waren in erster Linie Politiker, die der Aktion Vorrang vor der systematischen Analyse theoretischer Fragestellungen gaben. Ihr politisches Denken gewann seine Bedeutung eher aus den Erfolgen ihrer politischen Bewegungen denn wegen ihrer theoretischen Einsichten.

2. Sunismus

Sun Yat-sens Programm der politischen und gesellschaftlichen Reform Chinas

Sun Yat-sen (1866–1925), erster Präsident der Republik China und Gründer der KMT, entstammte einer Familie von Kleinbauern. Unter dem Eindruck der vernichtenden Niederlage Chinas im Krieg gegen Japan 1894/95 gelangte er zu der Überzeugung, nur der Sturz der Monarchie und die Gründung einer Republik könne den Untergang Chinas abwenden, und er begann, sich in revolutionären Organisationen zu engagieren. Nach einem gescheiterten Aufstand ins Exil gezwungen, spielte sich fortan der größte Teil seiner politischen Aktivitäten außerhalb Chinas ab, unter den Auslandschinesen in Südostasien und den USA sowie den chinesischen Studenten in Japan. Nach der Wahl zum Vorsitzenden der »Revolutionären Allianz« (*T'ung-meng-hui*) im Jahre 1905 wurde er der prominenteste Verfechter einer chinesischen Republik, die er durch publizistische wie subversive Aktionen zu verwirklichen suchte. Nach der Revolution von 1911 zum provisorischen Präsidenten berufen, gab er dieses Amt nach kurzer Zeit wieder ab, um China einen Bürgerkrieg zu ersparen. Das Scheitern der von ihm ausgerufenen »2. Revolution« gegen die Usurpationspläne seines Nachfolgers leitete 1913 eine erneute Zeit des politischen Exils ein. Er versuchte, die Unterstützung ausländischer Staaten für sein politisches Programm zu erhalten und durch Kooperation mit chinesischen Militärmachthabern eine Operations-

basis im Lande selbst zu gewinnen, stieß jedoch nur bei den Vertretern der jungen Sowjetmacht auf Interesse an einer Zusammenarbeit. Mit ihrem finanziellen und organisatorischen Beistand gelang es ihm 1924, die KMT zu reorganisieren und eine Regierung in Canton zu gründen. Über den Vorbereitungen für eine Einigungskonferenz starb Sun im Frühjahr 1925.

Das politische Denken Sun Yat-sens kristallisierte sich in den *San-min chu-i* (SMCI), den »Drei Grundlehren vom Volk« in der Übersetzung Kindermanns. Diese drei Lehren von Volkstum, Volksrechten und Volkswohl erfuhren eine erste Präzisierung in einer Rede, die Sun 1906 zum Jahrestag der *Min-pao* hielt. Ziel der Grundlehre vom Volkstum (*min-tsu chu-i*) war die Eliminierung der Fremdherrschaft über China und die Restauration der Macht der Han-Chinesen, mit der jedoch keine Diskriminierung anderer Rassen in China einhergehen sollte.

Als erster unter den chinesischen Revolutionären vertrat Sun die Auffassung, die nationale Revolution müsse durch die Lösung der politischen und sozialen Fragen ergänzt werden. In der Lehre von den Volksrechten (*min-ch'üan chu-i*) vertrat er die Überzeugung, daß die bloße Wiederherstellung einer Herrschaft der Chinesen nicht ausreiche, da die Monarchie als Herrschaftsordnung im Gegensatz zu Gleichheit und Freiheit aller Bürger stehe. Der Schutz dieser Rechte, aber auch die Abwendung des nationalen Untergangs durch interne Machtkämpfe, erforderten die Errichtung einer demokratischen und konstitutionellen Herrschaft. Die Lösung der sozialen Frage, in der Lehre vom Volkswohl (*min-sheng chu-i*) skizziert, war notwendig, um China Verhältnisse zu ersparen, wie sie in Europa anzutreffen waren. Sun ging davon aus, daß die Entwicklung der Zivilisation und der mit ihr verbundenen kapitalistischen Produktionsweise auch auf China übergreifen werde. Durch sie werde zwar großer Reichtum geschaffen, gleichzeitig verschärfe sie aber Armut und gesellschaftliche Konflikte derart, daß eine sozialistische Revolution unvermeidlich sein werde. China, in dem noch keine kapitalistischen Produktionsverhältnisse existierten, habe die Chance, diese Revolution durch rechtzeitige Wirtschaftsreformen zu vermeiden. Ein Mittel hierzu war sein Plan des »Ausgleichs der Bodenrechte« (*p'ing-chün ti-ch'üan*), durch die der unverdiente Wertzuwachs des Bodenbesitzes dem Staat zufließen sollte. Dadurch lasse sich in China eine Monopolisierung des Reichtums verhindern und eine Beteiligung der gesamten Bevölkerung am wirtschaftlichen Erfolg erzielen.

Die SMCI blieben in dieser skizzenhaften Form lange unverändert, obwohl sie zur weltanschaulichen Grundlage von Suns revolutionären Organisationen wurden. Sun, der sich mehr um praktische Aspekte der Revolution kümmerte, überließ die Ausformulierung der theoretischen Aspekte der Revolution Mitstreitern, die sich in ausgedehnten Polemiken mit den Befürwortern anderer politischer Überzeugungen um die Konkretisierung und Präzisierung seiner vagen Vorstellungen bemühten.

Das Scheitern der chinesischen Republik veränderte Suns politisches Denken. Hatte er bis zur Niederlage der »2. Revolution« nur Reden und kurze Aufsätze verfaßt, mit wenigen Ausnahmen wie dem »Plan für eine Revolution« (*Ko-ming fang-lueh*, 1905), so veröffentlichte er in den Jahren 1917 bis 1924 eine Reihe von Arbeiten, die systematisch die Gründe des Mißerfolges und die Vorausset-

zungen für ein modernes starkes China untersuchten. Neben Plänen für die künftige wirtschaftliche Entwicklung, die einen umfassenden Ausbau der Industrie und Infrastruktur als Teil einer internationalen Kooperation vorsahen (*The International Development of China*, 1922), entstanden Entwürfe der künftigen Verfassungsordnung mit einer Fünf-Gewalten-Teilung (*Wu-ch'üan hsien-fa*, 1921) und ein »Leitfaden für die Demokratie« (*Min-ch'üan ch'u-pu*, 1918).

Die geringe Unterstützung, die die junge Republik im Kampf gegen ihre Widersacher bei der chinesischen Bevölkerung gefunden hatte, ließ Sun an der politischen Reife seiner Landsleute zweifeln. Um zu verhindern, daß eine künftige Revolution erneut an einer ungenügenden Vorbereitung des Volkes auf die Erfordernisse einer demokratischen Ordnung zerbrach, sollte es nach Ausbruch der Revolution von einer revolutionären Elite in der Ausübung seiner Rechte unterwiesen werden. Sun griff auf ein bereits 1905 konzipiertes, dann aber verworfenes Modell eines schrittweisen Übergangs von einer Phase der Militärrherrschaft zur Verfassungsherrschaft zurück. Zwischen beide schob sich eine »Zeit der Erziehungsdiktatur«, in der das Volk auf seine Rolle als Souverän vorbereitet werden sollte. Ein weiterer Grund für das Scheitern der Revolution lag für Sun in einer besonderen Charakteristik der Chinesen: ihrer Unfähigkeit zu handeln. Sie zu überwinden stellte die wesentliche Aufgabe des »psychologischen Aufbaus« dar. In der *Lehre des Sun Wen* (*Sun Wen hsueh-shuo*, 1919) entwickelte er die Theorie, daß »Wissen schwierig, Handeln einfach« ist (*chih-nan hsing-i*), mit der er die Macht der Handlungsbereitschaft hemmenden konfuzianischen Lehre brechen wollte. Der konfuzianischen Einsicht, es sei einfach, das moralisch Gute zu erkennen, jedoch schwer, es zu verwirklichen, stellte Sun die These entgegen, die eigentliche Schwierigkeit liege im Erkennen eines Sachverhaltes. Um richtig zu handeln, sei es nicht nötig, daß der einzelne das Problem richtig erkannt habe, es genüge, den Anweisungen jener zu folgen, die über das Wissen verfügten.

Anfang 1924, kurz nach dem Beginn der Volksfront von KMT und KCT, begann Sun eine Vorlesungsreihe über die SMCI, deren Mitschrift von der KMT als ihre authentische Version angesehen wird. Eine zweite Version enthielt das Manifest des 1. Parteitages der KMT, das im Januar 1924 verabschiedet wurde und in seinen Formulierungen deutlich kommunistische Einflüsse erkennen ließ. In Suns Vorlesungen, die zum überwiegenden Teil erst nach dem Parteitag gehalten wurden, fanden sie keinen Eingang. Dieser Vorlesungszyklus enthielt die Summe von Suns politischem Denken. Neben einer ausführlichen Erläuterung der einzelnen Lehren finden sich Elemente einer deterministischen Geschichtsspekulation und politischen Anthropologie. Die Grundstruktur der SMCI blieb erhalten, die Inhalte der drei Lehren jedoch wurden in den oft sehr weitgespannten Vorträgen sowohl gegenüber der ursprünglichen Fassung als auch jener des Parteitagmanifestes verändert.

Sun sah die chinesische Nation weiterhin bedroht, Art und Umfang der Bedrohung hatten sich jedoch geändert. Die Lehre vom Volkstum enthielt nun eine Analyse der Gefahren und zeigte Wege zu ihrer Überwindung auf. An die Stelle der Unterdrückung durch eine fremde Rasse war die des Imperialismus getreten, dessen Präsenz weniger offensichtlich, jedoch um ein Mehrfaches gefährlicher sei. Seine Auswirkungen zeigten sich primär in der Schwächung der Finanzkraft

des Landes und minderten Chinas Chancen, im Kampf ums Überleben gegen die imperialistischen Staaten bestehen zu können. Sun teilte sozialdarwinistische Vorstellungen (vgl. oben, S. 64 ff.), denen zufolge sich Völker ebenso wie biologische Arten unter dem Gesetz der Auslese befänden. Aus demographischen wie wirtschaftlichen Daten schloß er, China laufe Gefahr, den Kampf ums Überleben zu verlieren. Dieser Untergang könne nur durch die Wiederbelebung des chinesischen Nationalbewußtseins abgewendet werden, das durch den Universalismus und die Indoktrination fremder Dynastien verschüttet worden sei. Die mangelnde Loyalität der Bevölkerung bildete ebenfalls eine Gefährdung der künftigen Nation; diese benötige ein geordnetes und solidarisches Volk. Nach Suns Auffassung war die Sicherung der individuellen Freiheiten in China kein Problem; die zu weit gehenden Freiheiten, die die Chinesen bislang genossen hätten, seien mitverantwortlich für seine desolote Situation und sollten in Zukunft zugunsten der Nation aufgegeben werden.

Die demokratische Ordnung fand ihre Legitimation nicht in der politischen Anthropologie Suns, sondern in seiner Geschichtsspekulation: Die weltgeschichtliche Entwicklung habe inzwischen die Stufe der Demokratie erreicht. Seine anthropologischen Untersuchungen führten zu dem Ergebnis, daß eine der wesentlichen Voraussetzungen der Demokratie, die Gleichheit, auf einem falschen Verständnis der Philosophen von der menschlichen Natur beruhe und mit der Realität nicht übereinstimme. Auf der Grundlage ihrer intellektuellen Fähigkeiten unterschied Sun drei Gruppen von Menschen: Entdecker, Realisatoren und Unwissende. Sein Demokratiemodell suchte die Erfordernisse der historischen Entwicklungsstufe mit den Beschränkungen der menschlichen Natur zu einem System zu verknüpfen, das sowohl effizient als auch der Kontrolle durch die Bevölkerung zugänglich sein sollte. Die repräsentative Demokratie als für China ungeeignet verwerfend, sollten die Institutionen der Republik nach Suns Plänen die Unterscheidung von Souveränität und Kompetenz verkörpern. Dem Volk als Souverän sollten die vier Rechte von Wahl, Abwahl, Initiative und Referendum zur Kontrolle der Regierung dienen. Die Regierung als Sitz der Kompetenz verfügte über fünf Gewalten – Exekutive, Legislative, Judikative, Kontrolle und Prüfung –, deren Verhältnis zueinander nicht auf gegenseitige Kontrolle und Machtbeschränkung, sondern auf die funktionale Arbeitsteilung einer omnipotenten Regierung hin angelegt war.

Suns Vorstellungen von der künftigen sozialen Ordnung Chinas, in den unvollendet gebliebenen Vorlesungen über das Volkswohl entfaltet, verbanden Forderungen nach der Befriedigung grundlegender menschlicher Bedürfnisse durch den Staat mit konkreten Maßnahmen zur Schaffung nationalen Reichtums. Sun rechnete zu den Bedürfnissen Nahrung, Kleidung, Unterkunft und die Möglichkeit zu reisen, Chiang Kai-shek konstatierte in seinen ergänzenden Bemerkungen, Sun habe noch zwei weitere Bedürfnisse abhandeln wollen: Erziehung und Erholung. Voraussetzung für die Befriedigung dieser Bedürfnisse war die Schaffung von Wohlstand. Sun betrachtete China weiterhin als ein armes Land, das noch nicht von Klassengegensätzen gezeichnet war. Kommunismus und Sozialismus seien deshalb auf absehbare Zeit in China nicht praktikierbar. Aufgabe der Regierung sei es, Wohlstand zu schaffen und den Kapitalismus zu vermeiden. Hierzu entwarf Sun verschiedene Instrumente. Zu dem bereits ange-

sprochenen Ausgleich der Bodenrechte zur Verhinderung übermäßiger Kapitalakkumulation traten Pläne für eine Agrarreform, die den Bauern zum Besitz des von ihnen bearbeiteten Bodens verhelfen sollte, und ein Interessenausgleich zwischen Kapital und Arbeit. Entschieden wandte er sich gegen marxistische Vorstellungen von gegensätzlichen Klasseninteressen, wie sie auch Eingang in das Parteitagmanifest gefunden hatten. In seinen Augen war Klassenkampf eine pathologische Erscheinung in der Gesellschaft. Reichtum könnte nur durch Zusammenarbeit aller an der Produktion Beteiligten geschaffen werden. Zur Wahrung der Interessen des Staates sah Sun die Überführung der Schlüsselindustrien in Staatsbesitz vor.

Der Streit um Sun Yat-sens politisches Erbe: Hu Han-min, Tai Chi-tao, Chiang Kai-shek

Sun Yat-sen hinterließ seinen Anhängern ein widersprüchliches Erbe. Die Spannweite seines politischen Programmes mit demokratischen, nationalistischen und sozialistischen Elementen zog Aktivisten recht unterschiedlicher politischer Herkunft an, Nationalisten ebenso wie Kommunisten. Nach Suns Tod setzte bald eine heftige Kontroverse um die richtige Interpretation seines Denkens ein, deren Intensität sowohl vom beginnenden Konflikt zwischen KMT und KCT als auch von der KMT-internen Konkurrenz um die Nachfolge beeinflusst wurde. Innerhalb der KMT drehten sich die Auseinandersetzungen vor allem um die Frage, wieweit Suns Denken in der chinesischen Tradition stehe und mit konfuzianischen Kategorien interpretiert werden könne. Je nach Einstellung der Kontrahenten in dieser Frage propagierten sie auch unterschiedliche Gesellschaftsmodelle.

Hu Han-min (1879–1936), langjähriger Mitarbeiter und zeitweiliger Stellvertreter Suns, vertrat eine antitraditionalistische, materialistische Interpretation des Sunismus. Als profunder Kenner des Marxismus verteidigte er in seinen Arbeiten ein materialistisches Geschichtsverständnis und unterstrich die Bedeutung der Wirtschaft für die modernen Gesellschaften. Seine Schrift *Die Interdependenz der drei Grundlehren vom Volk* (*San-min chu-i ti lien-huan hsing*, 1928) interpretierte die SMCI als eine weltweit gültige Doktrin, die ihren Konkurrenten überlegen sei, da sie die wesentlichen Elemente der anderen Theorien enthalte. Hu sah gewisse Parallelen zum Marxismus, da beide Lehren eine Gesellschaft anstrebten, in der alles Eigentum dem Volk gehöre und zu seinen Gunsten verwandt werde. Die Betonung des Nationalismus und der Verzicht auf Klassenkampf und Klassenherrschaft machten die SMCI dem Marxismus überlegen. Die Ziele einer an den SMCI orientierten Revolution bildeten für Hu Militarismus, Oligarchie (d. h. Klassendemokratie) und Kapitalismus, die zusammen den Imperialismus formten.

Hu wandte sich entschieden gegen alle Versuche, Sun als Nachfolger von Konfuzius zu betrachten. Ohne dessen Verdienste in seiner Zeit zu negieren, stellte Hu fest, die von Sun propagierte Revolution habe sich gegen die überholten Gedanken und gesellschaftlichen Strukturen der Vergangenheit gerichtet, schließe also auch den Konfuzianismus ein. Ebenso entschieden wandte sich Hu gegen Individualismus und Liberalismus. Er bestritt, daß dem Individuum unabdingbare

Rechte eigen seien. Seiner Auffassung zufolge wurden die Rechte von der Gesellschaft verliehen, die ihrerseits darauf zu achten habe, nur solche Rechte zu vergeben, die der Wohlfahrt von Gesellschaft und Nation dienen.

Auch *Tai Chi-tao* (1891–1949), der führende Vertreter einer traditionalistischen Interpretation der SMCI, interessierte sich für die marxistischen Doktrinen und vertrat zeitweilig eine ökonomische Interpretation der Geschichte als Erklärungsmodell für Chinas Probleme. Sein Engagement für die Revolution und gegen die alte Gesellschaft samt ihren Tugenden schwand jedoch mit dem Beginn der Volksfront. Er wandelte sich zu dem Vertreter der KMT, der die theoretische Grundlage für den Bruch des Bündnisses mit der KCT formulierte. Tai war sich der Tatsache bewußt, daß die KMT für eine erfolgversprechende Auseinandersetzung mit der KCT einer eigenen Ideologie bedurfte. Die SMCI schienen ihm dafür geeignet zu sein, allerdings erst nach gewissen Modifikationen. In seiner einflußreichen Arbeit *Die geistigen Grundlagen des Sunyatsenismus* (1931) entfaltete er eine konservative Interpretation des geistigen Œuvres Sun Yat-sens. Jegliche Beziehung Suns zu kommunistischen Denkern verneinend, stellte Tai Suns Denken in eine unmittelbare Nachfolge der konfuzianischen Tradition. Suns Bemühungen um ein modernes China basierten danach auf einer Neubelebung der traditionellen Ethik, deren wichtigstes Prinzip Tai in *jen* (Menschlichkeit) sah, der treibenden Kraft in der Geschichte. Auch Suns Theorie von ›Wissen und Handeln‹ erfuhr eine konservative Interpretation, die die Betonung von der Einfachheit des Handelns auf die Notwendigkeit des Wissens legte und die Autorität der Regierung als Sitz der Fähigkeit gegenüber anderen Organisationen betonte.

Die traditionalistische Interpretation der SMCI wurde von *Chiang Kai-shek* (1887–1975) fortgeführt und erreichte während seiner langjährigen Führerschaft der Kuo-min-tang eine dominierende Stellung in Staat und Partei. Chiang, dessen Denken stark vom Neokonfuzianismus geprägt war, teilte Tais Auslegung der SMCI und verstärkte ihre konservativen Elemente. Er teilte nicht nur die Auffassung, daß Sun in der Nachfolge von Konfuzius stehe, sondern vertrat die Überzeugung, Suns wichtigste Einsichten entstammten den konfuzianischen Klassikern ›Ta Hsueh‹ und ›Chung Yung‹.

Angesichts der Zerrissenheit Chinas in den zwanziger Jahren war ein beträchtlicher Teil von Chiangs politischem Denken den Voraussetzungen und Wegen zu einer geeinten Nation gewidmet. Er entwickelte ein organistisches Staatsverständnis, das das Individuum als Zelle eines politischen Körpers ansah, dem es seine Wohlfahrt verdankte und deshalb Loyalität und Opferbereitschaft schuldet. In Übereinstimmung mit Sun lehnte er alle Theorien von natürlichen Rechten des Menschen ab, er besitze nur die Rechte, die ihm vom Staat per Gesetz zugestanden würden. Vorbedingung für eine geeinte Nation war nach Chiangs Überzeugung die Übereinstimmung des Wollens von Staat und Individuum, die nur durch eine Einheit des Denkens erreicht werden konnte. Die Idee, die diese Einheit zu bewirken vermochte, wurde von Chiang als nationale Seele bezeichnet und von den SMCI verkörpert. Zur Wiederbelebung der nationalen Seele traten als Voraussetzung für einen erfolgreichen nationalen Aufbau die Kultivierung der Person und die moralische Erneuerung des Volkes durch die Resurrektion zentraler konfuzianischer Tugenden.

Sun Yat-sens Ideen haben in China große Resonanz gefunden und wurden von KMT wie KCT für sich beansprucht. Die SMCI in der Fassung des Parteitagmanifestes wurden von der KCT vor 1949 als Minimalprogramm der Revolution bezeichnet. Nach der Gründung der VRCh wurde Sun als wichtiger Exponent der ›altdemokratischen Revolution‹ und als Befürworter einer Kooperation mit dem Proletariat gewürdigt. Wissenschaftliche Untersuchungen beschäftigen sich hauptsächlich mit Suns materialistischem Geschichtsverständnis und seinen Entwürfen einer künftigen chinesischen Gesellschaft.

Die chinesischen Nationalisten haben die Lehren Suns zum konstitutiven Teil ihrer Ideologie gemacht, die auch auf Taiwan die Grundlage der staatlichen Ordnung und der Politik der KMT bilden. Ihre Interpretation wird weitgehend vom traditionalistischen Verständnis Chiang Kai-sheks bestimmt, wie es auch in der jüngsten umfassenden Darstellung des Sunismus von Wang Sheng (1981) zum Ausdruck kommt.

Außerhalb Chinas hingegen hat der Sunismus nur wenig Beachtung gefunden. Die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit Suns Werk hat in den dreißiger Jahren konträre Interpretationen hervorgebracht. Wittfogel (1927) sah, seiner Interpretation die SMCI in der Version des Parteitagmanifestes zugrunde legend, Sun als Sozialrevolutionär, der für die Zusammenarbeit mit dem Proletariat und der UdSSR eintrat, während Linebarger (1937) Sun als sozial engagierten Befürworter einer liberalen Demokratie darstellte. Nach 1949 war der Sunismus kaum noch Gegenstand wissenschaftlicher Untersuchungen im Westen. In der Bundesrepublik vertritt Kindermann (1963) eine stark an der traditionalistischen Interpretation orientierte Deutung von Suns Denken. Eine gewisse Beachtung hat Suns Werk bei Forschern in der DDR und UdSSR gefunden, deren nach dem Bruch zwischen der UdSSR und der VRCh verfaßte Arbeiten Sun als ersten Befürworter eines Bündnisses zwischen der chinesischen Revolution und der Sowjetunion herausstellen und materialistische Elemente in seinem Geschichtsverständnis untersuchen.

3. Maoismus

Mao Tse-tung (1893–1976) entstammte einer wohlhabenden Bauernfamilie aus der Inlandsprovinz Hunan. Einem kurzem Engagement in der Revolution von 1911 folgte seit der ›4.-Mai-Bewegung‹ eine kontinuierliche politische Aktivität. Als führendes Mitglied der KCT wurde er mit Aufgaben betraut, durch die er Erfahrungen mit der Mobilisierung der Bevölkerung und mit Massenbewegungen erwerben konnte, zuerst als Beauftragter für die Gewerkschaftsbewegung, während der Volksfront in der Bauernarbeit. Nach dem Bruch des Bündnisses verfolgte Mao eine vom offiziellen Kurs der Partei abweichende Linie. Statt die Revolution in den Städten zu unterstützen, baute er bewaffnete Einheiten auf und errichtete Basisgebiete auf dem Lande. Der eigenständige Kurs Maos verhalf ihm zwar zu einer eigenen Machtbasis, innerhalb der KCT gelangte er erst während des ›langen Marsches‹ von Kiangsi in das Basisgebiet von Yenan in eine führende Position. Die endgültige Durchsetzung seiner politischen Linie gegen die der Kominternlinie folgende ›Internationale Faktion‹ und die Reform der Partei nach seinen Vorstellungen erfolgte während der ›Yenan-Zeit‹.

Nach der Gründung der VRCh übernahm Mao führende Ämter in Partei und Staat. Infolge der negativen Erfahrungen mit dem ›russischen Modell‹ der Zentralplanwirtschaft (Vorrang der Schwerindustrie), dem Leitbild des wirtschaftlichen Aufbaus in China zu Beginn der fünfziger Jahre, galt seine Sorge dem Entwurf eines eigenständigen chinesischen Entwicklungsweges und der Fortdauer des revolutionären Elans der Bevölkerung. Seine Einschätzung der inneren Probleme sowie die von ihm initiierten Kampagnen erwiesen sich jedoch wiederholt als unzulänglich und schmälerten seinen Einfluß in den Entscheidungsorganen von Staat und Partei. Die letzte von Mao eingeleitete Massenkampagne, die ›Kulturrevolution‹, diente weniger der Überwindung verhärteter bürokratischer Strukturen und Revolutionierung des Bewußtseins als der Rückkehr Maos in eine unangefochtene Machtposition.

Agrarrevolution, Guerillakrieg und die ›Sinisierung‹ des Marxismus

Maos politisches Denken durchlief mehrere Entwicklungsstufen, die weitgehend von den konkreten historischen Umständen in China geprägt wurden. Auch bei ihm erregte die Demonstration westlicher Stärke Sorge um die Zukunft Chinas. Er begann, sich mit den Theorien westlicher Philosophen auseinanderzusetzen, in der Hoffnung, Wege zu finden, auf denen China aus seiner Schwäche und Abhängigkeit befreit werden könnte. Seine frühen Arbeiten wiesen Mao als Nationalisten aus, der eine Reform des Individuums für nötig erachtete und über die Rückgewinnung nationaler Größe nachdachte. Sein erster Aufsatz *Untersuchung über die körperliche Ertüchtigung* (1917) untersuchte Schritte zur physischen und psychischen Stärkung seiner Landsleute, damit diese der ausländischen Aggression besser widerstehen konnten. Die Überzeugung, das chinesische Volk verfüge über ungeheure Energien, die mobilisiert und für eine Revolution nutzbar gemacht werden konnten, fand ebenfalls früh Ausdruck. In *Die große Allianz der Volksmassen* (1919) rief Mao zu einer Erneuerung Chinas nach dem Vorbild der Oktoberrevolution auf. Er war überzeugt, die Reform Chinas werde tiefgreifender als in anderen Ländern sein und seine Gesellschaft an die Spitze aller Völker setzen.

Mao sah in der konfuzianischen Tradition die eigentliche Ursache für Chinas Rückständigkeit. Seine Suche nach alternativen Ordnungsentwürfen führte ihn über den Anarchismus und Liberalismus zu den Verfechtern einer radikalen Reform um die Zeitschrift ›Neue Jugend‹ (*Hsin Ch'ing-nien*). Unter ihrem Einfluß begann Mao, sich mit dem Marxismus auseinanderzusetzen, 1920 war er nach eigenem Bekunden in Theorie und zum Teil auch in der Praxis Marxist geworden. Erst in Yenan fand er jedoch Zeit zu einem systematischen Studium des Marxismus-Leninismus.

Selbst vom Lande stammend, wurde Mao erst während seiner Tätigkeit in der Bauernbewegung das revolutionäre Potential der Bauern bewußt. In mehreren Berichten analysierte er die Klassenstruktur der chinesischen Gesellschaft und das revolutionäre Potential einzelner Klassen. Ein Vorwort zu einem 1926 erschienenen Sammelband enthielt das Resümee seiner Erfahrungen und die erste Formulierung jener Grundsätze, die künftig seine revolutionäre Strategie bestimmen sollten. Er stellte fest, die chinesische Gesellschaft werde von feudalisti-

schen Kräften beherrscht, der Schicht der Grundbesitzer und der ihr entstammenden Militärs. Ihnen stünden die Bauern als eine Klasse gegenüber, die auf einen vollständigen Umsturz der bestehenden Gesellschaftsordnung hinarbeitete, im Unterschied zur Arbeiterklasse, die seiner Ansicht nach lediglich begrenzte ökonomische und organisatorische Ziele verfolgte. Eine ähnliche Einschätzung formulierte Mao auch in dem *Untersuchungsbericht über die Bauernbewegung in Hunan* (1927), in dem er jedoch seine Aussagen über die revolutionäre Radikalität der Bauern abschwächte.

Erst nach dem Bruch der Volksfront vermochte Mao Konsequenzen aus dieser Analyse zu ziehen. Die Erfahrungen des ›Herbsternteaufstandes‹ 1927 und des Aufbaus eines Basisgebietes im Ching'ang-Gebirge bildeten das Fundament von Maos Strategie der Agrarrevolution durch Guerillakriegführung. In ihrem Zentrum stand der Aufbau organisierter militärischer Verbände, die an die Stelle bewaffneter Volksmassen traten, und die Einrichtung von Stützpunktgebieten. Mao war überzeugt, unter diesen Voraussetzungen auf dem Lande einen langwierigen Kampf auch ohne begleitende Arbeiteraufstände in den Städten oder einen das gesamte Land erfassenden revolutionären Aufschwung führen und schließlich vom Lande aus die Städte einkreisen zu können.

Im Basisgebiet von Yenan, seit 1935 Sitz der KCT, setzte Mao sich intensiv mit den Lehren des Marxismus-Leninismus auseinander. Hier entstanden die Hauptwerke seiner militärtheoretischen Arbeiten und die Vorlesungen über den dialektischen Materialismus. Eine stark taoistisch geprägte dialektische Denkweise zeigte sich schon in den frühen Werken Maos, so in den Tagebüchern von 1918. Erst in den 1937 gehaltenen Vorlesungen, sie erschienen in einer überarbeiteten Fassung 1952 als *Über die Praxis* und *Über den Widerspruch*, befaßte er sich mit dem dialektischen Materialismus. Sich weitgehend auf übersetzte Werke stützend, folgte Mao in seiner Darstellung eng den Theorien von Marx, Engels und Lenin. Sein eigener Beitrag bestand in der Herausarbeitung der Bedeutung, die dem Hauptwiderspruch und der hauptsächlichen Seite eines Widerspruches bei der Behandlung revolutionärer Probleme zukamen. Nur durch die Erkenntnis des Hauptwiderspruches, der die führende Rolle in einer Entwicklung spielt und die anderen Widersprüche bestimmt, ließen sich richtige Lösungen für anstehende Probleme finden. Ähnliches galt für die zwei Seiten eines Widerspruches. Da sich die gegensätzlichen Seiten eines Widerspruches ungleich entwickelten, würde eine von ihnen zur hauptsächlichen Seite heranwachsen und die Natur des Widerspruches bestimmen. Ein weiterer relevanter Aspekt des Widerspruches war der Antagonismus. Nicht jeder Widerspruch war antagonistischer Natur, je nach Behandlung bestand jedoch die Möglichkeit, daß antagonistische sich in nichtantagonistische, nichtantagonistische sich in antagonistische Widersprüche verwandelten. Die Relevanz dieser Überlegung für die Politik erläuterte Mao in seiner Rede *Über die richtige Behandlung der Widersprüche im Volk* (1957), in der er zwei Arten gesellschaftlicher Widersprüche unterschied: solche zwischen dem Feind und dem Volk und solche innerhalb des Volkes. Die Lösung unterschiedlicher Widersprüche erforderte unterschiedliche Verfahren. Während Widersprüche zwischen Volk und Feind mit repressiven Mitteln gelöst werden mußten, waren bei Widersprüchen im Volke ›demokratische Methoden‹, also Diskussion, Kritik, Überzeugung und Erziehung angebracht.

In der Auseinandersetzung mit der ›Internationalen Faktion‹ hatte Mao ihren Dogmatismus kritisiert und die These aufgestellt, es gäbe keinen abstrakten, sondern nur einen konkreten Marxismus in nationaler Form. Aus dieser Einsicht leitete er seine seit 1938 erhobene Forderung nach der ›Sinisierung‹ (*Chung-kuo-hua*) des Marxismus her. Sie umfaßte eine Anpassung von Sprache und Argumentationsweise an die Mentalität der chinesischen Bevölkerung, vor allem aber die Weiterentwicklung der politischen Methoden Lenins. Obwohl Mao keine vollkommen neuen Konzepte formulierte und sich auf die Modifikation einzelner Grundsätze beschränkte, führte ihre konsequente Weiterführung zu einer Infragestellung so wichtiger Elemente des Leninismus wie der Führungsrolle der Stadt über das Land und seiner Betonung von Elite und Hierarchie. Maos Modifikationen betrafen die Strategie der Revolution, die Führungsmethoden der Partei und die Herrschaftsordnung des nachrevolutionären China.

Statt einer Diktatur des Proletariates wie in der UdSSR sollte China nach der Revolution von einer gemeinsamen Diktatur der revolutionären Klassen regiert werden. In *Über die neue Demokratie* (1940) stellte er fest, China als ein halbfeudales und halbkoloniales Land könnte die Revolution nur in zwei Stufen vollziehen, in der ersten Stufe zu einer unabhängigen demokratischen Gesellschaft und erst in einem zweiten Schritt zu einer sozialistischen. Die gemeinsame Diktatur von Proletariat, Bauern, Intelligenz und nationaler Bourgeoisie (*Über die demokratische Diktatur des Volkes*, 1949) drückte Maos Überzeugung aus, daß in einer ausgebeuteten Nation wie China die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung auf seiten der Revolution stünde. Die Revision der Führungsmethoden zielte darauf ab, der Bevölkerung die Möglichkeit zu Initiative und Kritik zu geben, um eine Bürokratisierung des Arbeitsstiles der Partei zu verhindern. Die Methode der ›Massenlinie‹, die er in *Einige Fragen der Führungsmethoden* (1943) diskutierte, bestand aus einem Verfahren, das die Initiative zwar der Partei überließ, sie aber verpflichtete, die Bedürfnisse der Bevölkerung zu eruieren, sie zu systematisieren und in politische Maßnahmen zu transformieren. Die Reaktion der Bevölkerung bildete dann den Maßstab dafür, wie geeignet die vorgeschlagene Maßnahme war.

Nach der Gründung der VRCh orientierte sich die KCT in ihren Plänen zur revolutionären Umgestaltung des Landes zunächst weitgehend an den Erfahrungen der UdSSR. Die Mängel des ›russischen Modells‹ bestärkten Mao in seiner Ansicht, für chinesische Probleme sollten chinesische Lösungen gefunden werden. Damit war eine weitere Sinisierung des Marxismus eingeleitet, obwohl der Terminus nach 1949 nicht mehr verwandt wurde.

Die Führungsrolle der Städte über das Land, die Mao 1949 in seinem *Bericht auf der 2. Plenartagung des VII. Zentralkomitees* auch für China verkündet hatte, wurde zugunsten einer die gleichmäßige Entwicklung von Stadt und Land betonenden Politik des ›auf zwei Beinen gehen‹ modifiziert. Auch in den Führungsmethoden entfernte sich Mao durch die Betonung der Eigeninitiative und seiner Sicht des demokratischen Zentralismus weiter von den ursprünglichen Konzepten Lenins. Die Bedeutung der Eigeninitiative nachgeordneter Ebenen für den Aufbau eines starken sozialistischen Staates bildete einen Schwerpunkt in seiner Rede *Über die zehn großen Beziehungen* (1956). Inner-

halb einer allgemeinen Klärung der Beziehung zwischen Zentrale und Regionen plädierte Mao für eine angemessene Delegation von Kompetenzen an die unteren Stufen der Verwaltungshierarchie, um deren Begeisterung und Einsatzbereitschaft zu stimulieren. Ähnlich argumentierte er in seiner *Rede vor einer erweiterten zentralen Arbeitskonferenz* (1962). Er betonte die Bedeutung der Demokratie für eine wirksame zentralisierte Führung. Ohne sie wäre eine Mobilisierung der Massen nicht möglich, ohne sie verfügte aber auch die Zentrale nicht über die notwendigen Informationen, um die richtige Politik zu formulieren. Die große Bedeutung, die Mao der Initiative der Bevölkerung zumaß, und seine wiederholte Kritik an bürokratischen Tendenzen in der KCT, für deren Beseitigung er zeitweilig sogar die Zerstörung großer Teile des Parteiapparates in Kauf nahm, besagten jedoch nicht, daß er die entscheidende Führungsrolle der Partei verworfen hätte. Wie es in der ›Massenlinie‹ die Aufgabe der Partei war, die Meinungen zu sammeln und zu systematisieren, so machte Mao in beiden Reden deutlich, daß Demokratie und Initiative letztlich nur die Arbeit der Zentrale effizienter gestalten sollten.

Maoismus nach Maos Tod

Die ›Maotsetzungen‹ wurden seit dem Ende der ›Kulturrevolution‹ in den Parteistatuten als theoretische Grundlage der KCT aufgeführt. Ihr genauer Inhalt blieb jedoch Gegenstand von Kontroversen zwischen den Flügeln der Partei, denn Maos Œuvre war kein geschlossenes Lehrgebäude, sondern eine zu verschiedenen Zeiten und Anlässen entstandene Sammlung von Reden und Schriften. Widersprüchliche Aussagen konnten von Mao selbst autoritativ erläutert und ausgeräumt werden. Mit seinem altersbedingten Ausscheiden aus der aktiven Politik intensivierten sich die Auseinandersetzungen um den politischen Kurs und die eigentlichen Intentionen Maos. Die Antagonisten, eine Gruppe von Parteiveteranen, die für eine Priorität des Wirtschaftsaufbaus eintraten, wie auch die Anhänger der ›Viererbande‹, die eine Fortsetzung des Klassenkampfes befürworteten, stützten ihre Positionen auf Äußerungen Maos. Nach dem Sturz der ›Viererbande‹ sah sich die Parteiführung mit einer Krise konfrontiert, die auch die ideologischen Fundamente des Regimes erfaßte, den Marxismus-Leninismus und die ›Maotsetzungen‹, die in der Vergangenheit zur Legitimierung der ›Kulturrevolution‹ und der Herrschaft der ›Viererbande‹ gedient hatten. Die Führung unter *Teng Hsiao-p'ing* versuchte ihrerseits, den Maoismus als Basis ihrer Herrschaft zu retten und ihn in ihrem Sinne umzuinterpretieren, d. h. dem Wirtschaftsaufbau Priorität vor Klassenkampf und weiteren Revolutionen unter der Diktatur des Proletariates zu geben, andererseits aber ihren Gegnern die Möglichkeit zu nehmen, sich ihrerseits durch Rekurs auf den Maoismus zu legitimieren. Tengs Formel, die ›Wahrheit in den Tatsachen suchen‹, erlaubte es der Führung, alle Ideen und Maßnahmen, die Mao je vertreten hatte, diesem Test zu unterwerfen und, je nach Resultat, weiterzuführen oder zu verwerfen. Die Neuinterpretation sollte jedoch keinen vollständigen Bruch mit der Vergangenheit bedeuten. Der Marxismus-Leninismus und die ›Maotsetzungen‹ bildeten weiterhin die Basis des Regimes und eine der Voraussetzungen für den Erfolg der ›Vier Modernisierungen‹.

Während Teng die andauernde Gültigkeit wesentlicher Teile des Maoismus für den sozialistischen Aufbau propagierte, hat unter dem Druck der gesellschaftlichen Veränderungen in der jüngsten Vergangenheit eine Wiederentdeckung der Lehren von Karl Marx stattgefunden. Sie korrigierte eine Entwicklung, die die gravierenden theoretischen Mängel des Maoismus der Kampfzeit und der Verengung aller theoretischen Studien auf die Schriften Maos nach Gründung der VRCh begünstigte. Unter ihrem Einfluß begannen sich die politischen Doktrinen des Marxismus-Leninismus und der ›Maotsetzungslehre‹ gegenüber der Interpretation, die ihnen zu Lebzeiten Maos gegeben wurde, zu wandeln. Sie betonte einen stärker evolutionär denn revolutionär ablaufenden Prozeß der historischen Entwicklung, der in erster Linie von objektiven Gesetzen bestimmt würde. Der Hauptwiderspruch in der chinesischen Gesellschaft war nicht länger der zwischen antagonistischen Klassen, sondern der zwischen relativ rückständigen Produktivkräften und relativ fortschrittlichen, da sozialistischen Produktionsverhältnissen. So hat sich der nachmaoistische Marxismus in eine Ideologie gewandelt, die einen Plan schrittweiser und evolutionärer, von unpersönlichen und objektiven historischen Gesetzen beherrschter, gesellschaftlicher Entwicklung entwarf und menschlichem Willen kaum Einflußmöglichkeiten einräumte.

Die wissenschaftliche Beschäftigung mit Maos Denken hat im Westen mehrere Phasen durchlaufen. In den Jahren unmittelbar nach der erfolgreichen Revolution der KCT konzentrierte sie sich auf die Untersuchung einzelner Aspekte seines Denkens und versuchte, seine geistige Entwicklung nachzuzeichnen. Kontrovers wurden die Originalität des Maoismus, seine Übereinstimmung mit dem Marxismus-Leninismus und die Existenz einer maoistischen Strategie diskutiert. Beträchtlich erweitert wurde das Verständnis von Maos Denken während der ›Kulturrevolution‹, als ›Rote Garden‹ bis dahin unveröffentlichte Arbeiten Maos verbreiteten, die während der Kampfzeit, aber auch nach der Gründung der VRCh entstanden waren. Eine ähnliche Situation ist nach Maos Tod eingetreten. Die veröffentlichten Materialien betrafen weitgehend Maos intellektuelle Entwicklung in den Jahren um die ›4.-Mai-Bewegung‹ bis zu seiner Hinwendung zum Marxismus. Das Forschungsinteresse im Westen unterscheidet sich stark von jenem in der VRCh. Während im Westen immer noch die Auswertung des ständig wachsenden Materials mit dem Ziel einer umfassenden Erkenntnis von Person und Denken Maos im Vordergrund steht, geht es chinesischen Forschern vor allem um eine richtig und falsch bewertende Analyse seines Denkens mit der Intention, eine festumrissene Ideologie herauszuarbeiten.

BIBLIOGRAPHIE

Primärtexte

Hu, Han-min, 1977: *San-min chu-i ti lien-huan hsing*, Taipei; *Mao, Tse-tung*, 1968/69: *Ausgewählte Werke*, 4 Bde., Peking; *ders.*, 1970–1972: *Mao Tse-tung chi*, hrsg. von Takeuchi Minoru, 10 Bde., Tokio; *ders.*, 1983/84: *Mao Tse-tung chi pu-chüan*, hrsg. v. Takeuchi Minoru, 5 Bde., Tokio; *ders.*, 1979–82: *Mao Zedong, Texte*, hrsg. von Helmut Martin, 7 Bde., München; *Sun, Yat-sen*, 1974: *Reden und Schriften*, hrsg. von Brigitte

Scheibner und Helga Scherner, Leipzig; *ders.*, 1973: *Kuo-fu ch'üan-shu*, hrsg. von Chang Ch'i-yün, 6 Bde., Taipei; *Tai, Tschü Tao*, 1931: *Die geistigen Grundlagen des Sun Yat Senismus*, Berlin.

Sekundärliteratur

Bianco, Lucian, 1969: *Der Weg zu Mao*, Frankfurt/M.; *Kindermann, Gottfried-Karl* (Hrsg.); 1963: *Konfuzianismus, Sunyatsenismus und chinesischer Kommunismus*, Freiburg/Brsg.; *Linebarger, Paul M. A.*, 1937: *The Political Doctrines of Sun Yat-Sen: An Exposition of the San Min Chu I*, Baltimore; *Meissner, Maurice I.*, 1985: *The Chinese Rediscovery of Karl Marx: Some Reflections on Post-Maoist Chinese Marxism*, in: *Bulletin of Concerned Asian Scholars* 17/3, S. 2–16; *Opitz, Peter J.* (Hrsg.), 1972: *Maoismus*, Stuttgart; *Schram, Stuart R.*, 1972: *Das Mao-System. Die Schriften von Mao Tse-tung. Analyse und Entwicklung*, München; *Wang, Sheng*, 1981: *The Thought of Dr. Sun Yat-sen*, Taipei; *Wittfogel, Karl*, 1927: *Sun Yat Sen. Aufzeichnungen eines chinesischen Revolutionärs*, Wien/Berlin.

PIPERS HANDBUCH DER POLITISCHEN IDEEN



Herausgegeben von
IRING FETSCHER
und
HERFRIED MÜNKLER

BAND 5



PIPER
MÜNCHEN · ZÜRICH

BAND 1

Frühe Hochkulturen und
europäische Antike



BAND 2

Mittelalter:
Von den Anfängen des Islams
bis zur Reformation

BAND 3

Neuzeit:
Von den Konfessionskriegen
bis zur Aufklärung

BAND 4

Neuzeit:
Von der Französischen Revolution
bis zum europäischen Nationalismus

BAND 5

Neuzeit:
Vom Zeitalter des Imperialismus
bis zu den neuen sozialen Bewegungen

Neuzeit: Vom Zeitalter des Imperialismus bis zu den neuen sozialen Bewegungen

Mit Beiträgen von

Seyla Benhabib, Cornelius Bickel, Stefan Breuer, Helmut
Dubiel, Friedrich Eberle, Rainer Eisfeld, Iring Fetscher,
Bernard Görlich, Hans Grünberger, Hermann Halbeisen,
Axel Honneth, Hans-Gerd Jaschke, Hans Joas, Dirk Käsler,
Otto Kallscheuer, Paul Kellermann, Hans Kernbauer,
Godehard Lindgens, Alfred Lorenzer, Leonid Luks,
Eduard März, Heinz-Georg Marten, Patrick Moreau,
Herfried Münkler, Birgitta Nedelmann, Linda Nicholson,
Traute Rafalski, Helmut Reifeld, Philipp Rippel, Ulrich
Rödel, Roland Roth, Jutta Scherrer, Ignacio Sotelo, Peter
Steinbach, Bassam Tibi, Rainer Zitelmann